

Klettgauer Zeitung Kolumne Munz-Müller zur USR III vom 12.1.2017

2'500 Zeichen

Neues Milliardenloch belastet Mittelstand

Unbestritten, es braucht eine Unternehmenssteuerreform III. Die vorgegebenen Eckwerte des Bundesrates dazu waren gut: Internationale Akzeptanz, keine Steuerausfälle und weiterhin ergiebige Gewinnsteuern. Kein einziges dieser drei Kriterien ist erfüllt. Mit einem Nein zu USR III machen wir den Weg frei für eine gerechte und effizientere Steuerreform.

Steuerschlupflöcher für multinationale Firmen werden international nicht mehr akzeptiert. Schaffhausen hat sich von diesen hochmobilen Firmen abhängig gemacht. Wie üblich drohen diese mit der Abwanderung. Abwandern, aber wohin denn? In keinem europäischen Land sind Gewinnsteuern tiefer als in Schaffhausen. Die Abschaffung der Privilegien würde eigentlich mehr Geld in die öffentliche Kasse spülen. Doch die Steuerreform USR III wird missbraucht zur Einführung neuer Steuertricks. Die meisten Firmen, die ihren Steuersitz in die Schweiz verlegt haben, würden mit der USR III fast keine Steuern mehr bezahlen.

Die finanziellen Folgen für Bund, Kantone und Gemeinden sind kaum vorhersehbar. Grobe Schätzungen erwarten ein Drei-Milliarden-Loch. Profitieren würden vor allem Grosskonzerne und ausländische Aktionäre. Zur Trickkiste gehören die Patentbox (Abzug von 90 % der ausländischen Gewinne aus Lizenzen), der NID (Abzug von nie bezahlten Zinsen auf Eigenkapital), die Inputförderung (Abzug von 150% der Kosten für Forschung und Entwicklung) sowie der Step-Up (Abzug der stillen Reserven vom Unternehmensgewinn über mehrere Jahre). Fazit: Wohl keines dieser Unternehmen würde mittelfristig je einen namhaften Steuerbeitrag in der Schweiz abliefern. Ausserdem sind alle diese Steuertricks bereits heute schon international im Fadenkreuz.

Diese Steuergeschenke würde der Mittelstand zahlen, denn ohne Steuererhöhung und Sparprogramme sind solche Steuerausfälle nicht zu verkraften. In einigen Gemeinden werden Steuerausfälle von 10 bis 12 Steuerfusspunkten erwartet. Bereits heute muss beim Bund gespart werden. Die drohende Schliessung der Zollstation Barga war nur ein Beispiel, wie schmerzlich Sparprogramme sein können. Wenn in Schaffhausen an der obligatorischen Schule die Lektionenzahl abgebaut wird, die zweisprachige Matura weggespart wird und aus Spargründen Jugendliche ohne Ausbildungsplatz über die Arbeitslosenkasse statt in Brückenangeboten betreut werden, dann müssen uns die Alarmglocken läuten! Wenn wir unseren Wohlstand behalten wollen müssen wir in Bildung und Infrastruktur investieren und dürfen nicht den Staat kranksparen. Ein Nein zur USR III macht den Weg frei für eine ausfinanzierte und gerechte USR III!

12.1.2017, Martina Munz